

Pressebeobachtung Colloquium "Sicherheitspolitik und Medien"

Medium: "Der Staatsbürger"  
Seite 2

Datum: 5/92 Auflage: 4'500

STAATSBÜRGER INTERN

Fünftens: Erhaltung des nuklearen Schutzes und Einflussnahme auf die Entscheidungen der Nuklearmächte; und Sechstens: Fortsetzung einer am Ziel der Stabilität und der Vertrauensbildung orientierten Abrüstung.

III. Risikoanalyse

a) GUS

Ich stelle an die Spitze eine Betrachtung der Lage in der früheren Sowjetunion und komme zu dem Ergebnis einer besorgniserregenden inneren und äusseren Instabilität von zunächst nicht vorhersehbarer Dauer.

Selbst in der optimistischen Prognose muss man davon ausgehen, dass auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion mit Russland eine Weltraummacht und eine Nuklearmacht mit globaler Reichweite bestehen bleibt.

Es bleibt eine konventionelle Armee in den Grössenordnungen des KSE-Vertrages und allein im Falle Russland mit einem Friedensumfang von 1,2–1,5 Millionen Mann. Dies sind die kalkulierbaren Grössen, die politische Richtung hingegen, die dieses Potential lenkt, ist nicht mit Sicherheit vorhersehbar.

Dieses Potential hat zwar nicht mehr die Projektionsfähigkeit der Vergangenheit, deswegen folgere ich auch, Mitteleuropa und insbesondere Deutschland ist nicht länger existenzgefährdend bedroht. Aber das Potential muss einerseits ausbalanciert werden, damit niemand erneut auf die Idee kommen kann, es ausserhalb des eigenen Staatsgebietes einzusetzen.

b) MOE/SOE-Staaten

Risiken können aber auch aus den Umwälzungen in Europa entstehen, dies gilt für die Staaten Mittel- und Osteuropas, mehr aber noch für den Südosten Europas. Es sind voraussichtlich keine Risiken,

die zu einer unmittelbaren militärischen Gefährdung unseres Landes führen könnten. Wichtiger aber noch ist, dass es uns alle angeht, wenn in Europa Krieg geführt wird, denn dies bedeutet Rückschritt in der Gestaltung Europas und bedeutet Missachtung und Bruch der Verpflichtungen, die die Europäer plus USA und Kanada mit der Charta von Paris übernahmen.

c) Krisenbogen Maghreb bis Indien

Ähnliches gilt auch für den oft genannten Krisenbogen von Marokko bis Indonesien. Kein ernsthafter Beobachter der internationalen Entwicklung wird leugnen, dass in all diesen Ländern Konfliktursachen

bestehen, die die innere wie äussere Stabilität dieser Länder als gefährdet erscheinen lassen, und niemand wird leugnen wollen, dass dies zu Konflikten führen könnte, die auch Auswirkungen auf die Sicherheit Europas und des NATO-Gebietes haben könnten. Niemand wird schliesslich leugnen wollen, dass die Waffenproliferation so weit fortgeschritten ist, dass wir uns in der Tat überlegen müssen, wie wir uns gegen denkbare Pressionen schützen können.

IV. Sicherheitsarchitektur

Um den Risiken zu begegnen, gilt es bewährte Instrumente und Strukturen wie NATO und EG als Fundament und Grundmauern einer künftigen

Sicherheitsarchitektur zu nutzen und miteinander zu verbinden. Eine Architektur, für die der KSZE-Prozess die Gestalt und das Dach des Hauses in Europa entwirft und sie in die aus Ost-West-Erfahrung gelöste UN einbettet. Die Ausformung von Grundsätzen gemeinsamer Sicherheitspolitik, Konflikteindämmung und Krisenbewältigung, wirtschaftlicher Kooperation und gesellschaftlicher Umgestaltung sollen in diesem Rahmen ebenso möglich sein, wie der globale Schutz der Umwelt und die Beherrschung und Überwindung der Nord-Süd-Problematik.

Diesem Ansatz entsprechend gilt es nun, die bestehenden Organisationen wie NATO, WEU, EG und KSZE zu nutzen, untereinander zu verbinden und zweckorientiert weiterzuentwickeln. Das entscheidende und zurzeit einzig funktionsfähige Instrument europäischer Sicherheit bleibt die NATO. Sie bleibt auch das notwendige transatlantische Bindeglied zwischen Europa und den nordamerikanischen Staaten. Ihre Aufgabe ist vor allem Friedenserhaltung gegenüber der GUS und dazu wirkt sie eng mit den G7 und der EG zusammen. Ihre Instrumente dafür sind Kooperation und Dialog, Dialog auch in der Form der Rüstungskontrolle, und unverändert Verteidigungsfähigkeit als Absicherung gegen Instabilitäten. Daneben wirkt sie durch ihre Stabilität versichernd in die Staaten MOE und SOE und arbeitet zu deren Stabilisierung eng mit den europäischen Institutionen zusammen.

Die Organisation einer europäischen Verteidigung kann zwar erst am Ende eines langen Integrationsprozesses stehen, aber sie ist unumgänglich.

In der Übergangszeit sollten vorhandene europäische Strukturen für europäische Verteidigungspolitik genutzt



General Klaus Naumann, Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr